

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

An die
Redaktionen
Aktuelles und Politik-Inland

2. März 2009

P R E S S E M I T T E I L U N G

Staat soll Grabstätten verstorbener Holocaust-Überlebender der Sinti und Roma als Gedenkorte erhalten *Zentralrat bittet Bundeskanzlerin Merkel um Vermittlung*

Bund, Länder und Gemeinden sollen eine gemeinsame Initiative unternehmen für den Schutz und die Erhaltung von Grabstätten verstorbener Sinti und Roma, die überlebende Opfer des Holocaust waren. Dazu bat heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Schreiben um ihre Vermittlung für eine geeignete bundesweite Regelung, die mit Ländern und Kommunen abgestimmt wird.

Sinti- und Romafamilien stehen in der letzten Zeit zunehmend vor dem Problem, dass die Grabstätten Ihrer Angehörigen, die Holocaust-Überlebende waren, aufgrund abgelaufener Fristen (Ruhezeiten) nach den üblichen Friedhofsordnungen beseitigt werden sollen, so Rose. In anderen Fällen würden Verlängerungsgebühren gefordert, die von den Betroffenen nicht getragen werden könnten. Die Erhaltung von Grabstätten als denkmalgeschützte Gräber auf Dauer und ohne zeitliche Befristung sei bisher nur in Einzelfällen, insbesondere in Rheinland-Pfalz, anerkannt. Aufgrund der historischen Verantwortung sollte für solche Gräber von Sinti und Roma, in denen Holocaust-Opfer beerdigt sind, ein dauerhaftes Ruherecht ohne zeitliche Befristung eingeräumt werden, fordert der Zentralrat. Diese Grabstätten sollten auf Antrag der Angehörigen als geschützte Gräber von Opfern der Gewaltherrschaft anerkannt werden. Angehörige sollten auch beantragen können, dass die Grabpflege durch die Stadt/Kommune übernommen wird – insbesondere wenn die Angehörigen selbst verstorben sind.

Die Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die Oberbürgermeister Christian Ude und Christian Schramm, unterstützten bereits in einem Schreiben an die zuständige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Anliegen des Zentralrats, ebenso wie am 19. Dezember 2008 Saarlands Ministerpräsident Peter Müller als Bundesratspräsident in einem Gespräch mit dem Zentralrat. Bundesministerin von der Leyen sagte dem Zentralrat noch kein Gespräch zu.

Sinti und Roma in Deutschland waren - wie die Juden - Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes. 500 000 Angehörige der Minderheit fielen dem Holocaust zum Opfer.